

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 08.07.2025, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Imtiaz Ahmad

Felix Anders

Sigrid Augst-Hedderich

Ingrid Bartholomäus

Bernd Karl Bornewasser

Beate Bötte

Ursula Brand

Saskia Burgmann

Dietmar Busch

Sabine Danowski

Sebastian Dickoph

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Volker Ebbinghaus

Sandro Feuerpeil

Jürgen Fischer

Hans Wilhelm Golombek

Klaus Haselhoff

Bernd-Eric Hoffmann

Tobias Jeschke

Thomas Klee

ab 17:08 Uhr (TOP 1)

Rosemarie Kötter

Rafael Krauskopf

Florian Langfeld

Thomas Lorenz

Malik Nasir Mahmood

Waltraud Möscheit

Nils Paas

ab 17:39 Uhr (TOP 4)

Petra Pfeiffer

Annette Pizzato

Sabine Plasberg-Keidel

Nicolai Rüggeberg

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Annegret Scholl

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Gerd Uellenberg

ab 17:24 Uhr (TOP 4)

Annette Verhees

Antje von der Mühlen

Dejan Vujinovic

Monika Zierden

von der Verwaltung

Björn Borg
 Jörn Ferner
 Björn Hilverkus
 Sandra Hilverkus
 Burkhard Klein
 Daniel Rupp
 Flora Treiber
 Simon Woywod

Schriftführerin

Larissa Schipper

Gäste

Stefan Heße

Oberbergischer Kreis, zu TOP 5

es fehlen:

Ratsmitglieder

Marianne Bornewasser
 Majid Haberkorn
 Dennis Jaroschek
 Simon Sagik
 Harald Weiss

**Tagesordnung:
 (Öffentlicher Teil)**

1. Ehrung von Ratsmitgliedern für langjährige Mitgliedschaft
2. Verleihung einer Ehrenbezeichnung BV/0698/2025
3. Informationen des Bürgermeisters
4. Einwohnerfragestunde
5. Kreishausenerweiterung stoppen - Kommunale Finanzen schützen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2025) AN/0229/2025
- 5.1. Resolution zur Kreishausenerweiterung (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.07.2025) AN/0235/2025
6. Prüfauftrag auf Ermäßigung von Elternbeiträgen für die Betreuung von mehreren Kindern in unterschiedlichen Betreuungseinrichtungen der Stadt Radevormwald (Kindergarten, OGATA, Kindertagespflege) (Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2025) AN/0231/2025
7. Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher von Leistungen nach dem AsylBLG BV/0661/2025

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 8. | Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern, Flüchtlingen und asylbegehrenden Ausländern | BV/0663/2025/1 |
| 9. | Beteiligungsbericht für das Jahr 2023 | BV/0672/2025 |
| 10. | Umwandlung des Amtes Gebäudemanagement in einen Eigenbetrieb (Grundsatzentscheidung) | BV/0674/2025/1 |
| 10.1. | Fragen zur Umwandlung der Gebäudewirtschaft in einen Eigenbetrieb (Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2025) | AF/0046/2025 |
| 11. | Antrag auf Teilnahme an dem anteiligen Entschuldungsprogramm bei der landeseigenen Förderbank (Altschuldenhilfe) | BV/0675/2025 |
| 12. | Umgang mit der Bilanzierungshilfe aus dem NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz-NKF-CUIG | BV/0699/2025 |
| 13. | Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Innenstadtfonds zur Behebung und Vermeidung von Leerständen in der Radevormwalder Innenstadt (Innenstadtfonds) | BV/0681/2025 |
| 14. | Richtlinien zur Gewährung von städtischen Zuschüssen im Rahmen der Städtepartnerschaft | BV/0684/2025 |
| 15. | Aufstellungsbeschluss zur kommunalen Wärmeplanung | BV/0678/2025 |
| 16. | Integriertes Handlungskonzept Innenstadt II (InHK Innenstadt II) hier: Haus- und Hofprogramm Beschluss der Richtlinien der Stadt Radevormwald | BV/0679/2025 |
| 17. | Prüfung des Jahresabschlusses 2024 | BV/0696/2025/1 |
| 18. | Verfahren/Richtlinie zur Gewinnausschüttung der KSK Mittel | BV/0688/2025/1 |
| 19. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | |
| 19.1. | Gremienbesetzung (Antrag der AfD-Fraktion vom 19.05.2025) | AN/0224/2025 |
| 19.2. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2025) | AN/0232/2025 |
| 20. | Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Stadt Radevormwald im Jahr 2024 | IV/0369/2025 |
| 21. | Sachstandsbericht Asyl | |
| 22. | Bericht über die aktuelle Haushaltssituation | |
| 23. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Ratssitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 26 „Prüfung des Jahresabschlusses 2024“ von der Tagesordnung abgesetzt werden muss, weil dieser schon im öffentlichen Teil unter TOP 17 beraten wird.

Weiterhin teilt er mit, dass die FDP-Fraktion zwei Anträge zum Thema Mittagsverpflegung Kita und Mittagsverpflegung Schulen eingereicht hat. Diese konnten nicht auf die Tagesordnung genommen werden, weil die Frist abgelaufen war. Er gibt an, dass die beantragten Mittel i.H.v. 65.000 € im städtischen Haushalt für die nächsten Jahre geplant und vorgesehen sind. Somit wird die Mittagsverpflegung der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen weiterhin bezuschusst.

Für Frau Pizzato sind die Anträge somit obsolet.

Herr Schlüter bittet darum, den Tagesordnungspunkt „Verleihung einer Ehrenbezeichnung“ (TOP 16) nach den Ehrungen der Ratsmitglieder zu beraten.

Herr R. Ebbinghaus teilt zum Antrag der CDU-Fraktion (TOP 5 – alt -) mit, dass dieser Antrag einen Tag nach dem Jugendhilfeausschuss gestellt wurde. Er bittet die CDU-Fraktion, diesen Antrag für den Rat der Stadt zurück zu ziehen und diesen für den nächsten Jugendhilfeausschuss zu stellen.

Die CDU-Fraktion zieht den Antrag nicht zurück und möchte weiterhin im Rat der Stadt darüber beraten.

Im Anschluss wird über die Tagesordnung und die Änderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (15 CDU, 7 SPD, 5 GRÜNE, 4 UWG, 2 FDP, 3 AfD, 2 RUA, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (2 AL)

Somit wird so verfahren. Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Auf die Abfrage der Befangenheit erklären sich folgende Mitglieder für befangen:

- Frau von der Mühlen zum Tagesordnungspunkt 16 – neu – „Integriertes Handlungskonzept Innenstadt II (InHK Innenstadt II) hier: Haus- und Hofprogramm Beschluss der Richtlinien der Stadt Radevormwald“
- Herr Steinmüller, Herr C. Schlüter und Frau Brand zu TOP 25 „Grundstücksangelegenheiten (Erbbaurecht)“

(Öffentlicher Teil)

1. Ehrung von Ratsmitgliedern für langjährige Mitgliedschaft

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Ehrung von Herrn Lorenz und Herrn Haselhoff nachgeholt wird, weil sie im Dezember nicht anwesend waren.

Die Ratsmitglieder werden in folgender Reihenfolge aufgerufen und erhalten eine Ehrennadel der Stadt Radevormwald sowie einen Blumenstrauß.

Herrn Thomas Lorenz für 20 Jahre Mitgliedschaft im Rat der Stadt.
Herrn Klaus Haselhoff für 25 Jahre Mitgliedschaft im Rat der Stadt.

2. Verleihung einer Ehrenbezeichnung

BV/0698/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Stadtbrandinspektor Dietmar Hasenburg die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtbrandinspektor“ zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Informationen des Bürgermeisters

Hierzu wird nichts vorgetragen.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

5. Kreishausenerweiterung stoppen - Kommunale Finanzen schützen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2025)

AN/0229/2025

Herr Heße vom Oberbergischen Kreis erläutert die Kreishausenerweiterung anhand einer Präsentation und beantwortet die Fragen der Anwesenden.

Herr Bornewasser merkt an, dass man den Quadratmeterpreis nicht akzeptieren kann. Er erfragt, welche Effekte entstehen würden, wenn man die Kreishausenerweiterung mit einem Quadratmeterpreis von 6.000 €/m² berechnen würde. Er ist der Meinung, dass die Größenordnung verringert werden muss.

Herr Heße teilt mit, dass der Oberbergische Kreis zum Beispiel keine runden Fenster verbauen lässt, sondern normale Fenster. So sollen Zusatzkosten vermieden werden. Weiterhin gibt er an, dass in dem Quadratmeterpreis ein Risikozuschlag von 25 % eingerechnet ist. Momentan werden die Zahlen noch einmal überprüft, damit geklärt werden kann, ob die Werte gerechtfertigt sind.

Herr Woywod erfragt zur Auflösung von Sonderposten i.H.v 0,4 Mio. €, ob jetzt schon eine Rücklage geschaffen wird.

Herr Heße teilt mit, dass jetzt schon Mittel in der Rücklage vorhanden sind.

Herr R. Ebbinghaus merkt an, dass der Quadratmeterpreis deutlich über dem ist, was normalerweise für Büros angerechnet wird. Das Kreishaus hat weiterhin auch noch einen ungünstigen Standort.

Herr Hoffmann teilt zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass diese verwirrend sind. In anderen Kommunen wurden die Anträge nicht abgestimmt und er bittet darum, dass die Anträge zurückgezogen werden.

Herr Vujinovic regt dazu an, dass im Haupt- und Finanzausschuss besprochen wurde, keinen Beschluss zu fassen. Auch er bittet darum, dass die Anträge zurückgezogen werden.

Herr Bornewasser teilt mit, dass die Nr. 2 des ersten Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen wurde. Der Antrag zu TOP 5 wird zurückgezogen, der Antrag zu TOP 5.1 soll abgestimmt werden.

5.1. Resolution zur Kreishausenerweiterung (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.07.2025) AN/0235/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt befürwortet das Vorhaben der Kreishausenerweiterung, vorausgesetzt es werden marktübliche Kosten pro Quadratmeter für vergleichbare Verwaltungsgebäude eingehalten.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen (9 SPD, 5 GRÜNE, 1 UWG)
 26 Nein-Stimmen (16 CDU, 2 UWG, 2 FDP, 3 AfD, 2 AL, Bürgermeister)
 3 Enthaltungen (1 UWG, 2 RUA)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

6. Prüfauftrag auf Ermäßigung von Elternbeiträgen für die Betreuung von mehreren Kindern in unterschiedlichen Betreuungseinrichtungen der Stadt Radevormwald (Kindergarten, OGATA, Kindertagespflege) (Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2025) AN/0231/2025

Frau Scholl teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt in den Jugendhilfeausschuss verschoben werden soll.

Der Bürgermeister merkt an, dass ihm dieses Thema seit der Bürgermeistersprechstunde im April bekannt ist. Der Auftrag zur Bearbeitung wurde im Mai an das Jugendamt geleitet, welches sich seitdem mit diesem Thema beschäftigt.

Herr S. Schlüter merkt an, dass sich der Bürgermeister nicht an § 12 (1) der Geschäftsordnung hält. Dort ist geregelt, dass wenn es einen Antrag einer Fraktion gibt, diese zunächst den Antrag erläutern darf.

Der Bürgermeister gibt an, dass dieses Thema schon längst von der Verwaltung bearbeitet wird.

Herr Lorenz teilt mit, dass der Antrag in einen Ausschuss verschoben werden soll.
 Herr Hoffmann beantragt, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verschieben.

Herr Vujinovic merkt an, dass Frau Burgmann den Antrag ausgearbeitet hat und diesen auch erklären möchte. Weiterhin gibt er an, dass sich alle an die Regeln der Geschäftsordnung halten sollen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass er als Sitzungsleiter das Wort ergreifen darf und sich dies auch nicht nehmen lässt.

Im Anschluss wird über den Antrag von Herrn Hoffmann abgestimmt.

Beschluss:

Der Antrag wird in den nächsten Jugendhilfeausschuss verschoben.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen (5 GRÜNE, 4 UWG, 3 AfD, 2 RUA, 2 AL, Bürgermeister)
27 Nein-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 2 FDP)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Burgmann führt den Antrag aus. Sie teilt mit, dass sie im Juni auf einem Fest von Eltern zu diesem Thema angesprochen wurde. Dort wurde ihr auch mitgeteilt, dass die Verwaltung dieses Thema kennt, jedoch haben die betroffenen Eltern bis dahin nichts von der Verwaltung gehört. Die Familien fühlen sich im Stich gelassen. Daher wurde der Antrag erarbeitet und eingebracht.

Der Bürgermeister bittet um sachliche Ausführung der Themen. Weiterhin erklärt er, dass solche Themen von der Verwaltung solide vorbereitet werden müssen.

Herr Ferner gibt an, dass sich die Verwaltung angeschaut hat, wie viele Familien betroffen sind. In Radevormwald sind 170 Familien betroffen, wobei man sagen muss das diese Regelung auch nur für Familien zutrifft, die schon ein sehr hohes Einkommen haben. Die Satzungsänderung bis zum 01.08 diesen Jahres vorzubereiten war nicht möglich. Die Satzung soll bis zum nächsten Kindergartenjahr (01.08.2026) in Kraft treten. Die Verwaltung wird dieses Thema für den nächsten Jugendhilfeausschuss vorbereiten.

Frau Burgmann schlägt vor, in den Beschluss aufzunehmen, dass der Jugendhilfeausschuss dieses Thema berät.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern es organisatorisch und finanziell möglich ist,

dass bei mehreren betreuten Kindern pro Familie lediglich für das beitragspflichtige Kind mit dem höchsten Beitrag ein Elternbeitrag zu entrichten ist – unabhängig davon, ob sich die Kinder in derselben oder in unterschiedlichen Einrichtungen (Kita, Schule/OGATA, Kindertagespflege) befinden.

Die Ergebnisse werden im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher von Leistungen nach dem AsylBLG**BV/0661/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgende Beschlüsse:

1. Die Stadt Radevormwald erbringt die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorerst nicht in Form der Bezahlkarte gem. der Bezahlkartenverordnung vom 02.01.2025.
2. Die Stadt Radevormwald wird erneut über die Einführung der Bezahlkarte entscheiden, wenn die Mehrheit der Städte und Gemeinden in NRW an dem System teilnimmt und sich die Rahmenbedingungen zur Einführung der Bezahlkarte geändert haben (z.B., dass das Land die Sach- und Personalkosten für die Ein- und Durchführung übernimmt).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern, Flüchtlingen und asylbegehrenden Ausländern**BV/0663/2025/1**

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ob die Verwaltung die Nebenkosten der eigenen Gebäuden von den Nebenkosten der angemieteten Gebäuden trennen kann, damit man diese Werte vergleichen kann.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies überprüft wird.

Herr Bornewasser teilt mit, dass er im Haupt- und Finanzausschuss darum gebeten hat, das Wort Flüchtlinge durch Geflüchtete zu ersetzen.

Der Bürgermeister merkt an, dass man dies geprüft hat. Das Ergebnis ist, dass rechtlich gesehen das Wort „Flüchtlinge“ korrekt ist, daher wurde dieses Wort nicht ausgetauscht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern, Flüchtlingen und asylbegehrenden Ausländern wird beschlossen.

Die Satzung tritt zum 01.09.2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Beteiligungsbericht für das Jahr 2023**BV/0672/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den anliegenden Beteiligungsbericht für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Umwandlung des Amtes Gebäudemanagement in einen Eigenbetrieb (Grundsatzentscheidung) BV/0674/2025/1

Herr Woywod teilt mit, dass die Kommunalaufsicht den Wunsch geäußert hat, dass in der Vorlage das Wort Grundsatzentscheidung mit aufgenommen wird.

Herr R. Ebbinghaus merkt an, dass das Mieter- Vermieterverhältnis nur mit einem Eigenbetrieb erstellt werden kann. Er gibt folgende Aussage der Verwaltung wieder: Der Eigenbetrieb ist notwendig, um Kosten der Schulneubauten mit in die Schulpauschale einrechnen zu können. Er erfragt, was die Verwaltung nicht finanzieren kann, wenn es den Eigenbetrieb nicht geben würde.

Herr Woywod erklärt, dass die Schulpauschale bei knapp unter 800.000 €/Jahr liegt. Diese kann für investive Projekte verausgabt werden. Dies ist ein sehr hoher Betrag, der so nicht komplett verausgabt werden kann. Wenn die Schule angemietet wird, kann die Pauschale im konsumtiven Bereich komplett als Ertrag verbucht werden.

Herr Steinmüller merkt an, dass der letzte Eigenbetrieb der Stadt nicht gut gelaufen ist. Er gibt an, dass in der Vorlage steht, dass der Eigenbetrieb eine differenzierte Kosten- und Leistungsrechnung macht. Er erfragt, ob die Verwaltung dies nicht erstellt und gibt an, dass diese Punkte nicht nachvollziehbar sind.

Herr Woywod teilt mit, dass diese Punkte im Eigenbetrieb objektschärfer sind.

Herr Hoffmann merkt an, dass das Verfahren nicht besonders transparent ist und erfragt, wann das Konzept fertiggestellt ist.

Herr Woywod erklärt, dass es sich hier erst einmal um einen Grundsatzbeschluss handelt.

Frau Pizzato erfragt für die FDP-Fraktion, welche Kosten auf die Verwaltung zukommen.

Herr Woywod teilt mit, dass keine Gründungskosten entstehen, weil es sich hier um eine verwaltungsinterne Umwandlung handelt. Für die Übertragung entstehen keine Kosten. Es werden Kosten für das Programm SAP anfallen. Hier wird ein kleiner Mandant für das Gebäudemanagement angelegt. Die Verwaltung zahlt für SAP 7.000 €/Monat. Der Mandant für das Gebäudemanagement würde 1/5 der Kosten betragen. Weiterhin fallen Kosten für den Jahresabschluss an.

Frau Kötter ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Grundsatzentscheidung:

1. Die Umwandlung des Amtes Gebäudemanagement in einen Eigenbetrieb/ Eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Gebäudemanagement Stadt Radevormwald“ gemäß § 114 GO NRW i.V.m. der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW), mit Wirkung zum 01. Januar 2027
2. Die Anlage und Führung erfolgt als kommunales Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, getrennt vom kommunalen Haushalt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren erforderlichen Schritte durchzuführen.

Nach Abschluss der gesamten Konzeptionsphase erfolgt der tatsächliche Gründungsbeschluss mit Betriebssatzung.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (16 CDU, 8 SPD, 5 GRÜNE, 3 AfD, 2 UWG, 2 RUA, Bürgermeister)
6 Nein-Stimmen (2 UWG, 2 FDP, 2AL)

10.1. Fragen zur Umwandlung der Gebäudewirtschaft in einen Eigenbetrieb (Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2025) AF/0046/2025

Siehe TOP 10.

11. Antrag auf Teilnahme an dem anteiligen Entschuldungsprogramm bei der landeseigenen Förderbank (Altschuldenhilfe) BV/0675/2025

Frau Kötter ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt den Antrag auf Teilnahme an dem anteiligen Entschuldungsprogramm bei der landeseigenen Förderbank, der NRW BANK, zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Umgang mit der Bilanzierungshilfe aus dem NKF-COVID- 19-Ukraine-Isolierungsgesetz-NKF-CUIG BV/0699/2025

Herr Woywod erklärt, dass dies zum Thema „Altschuldenhilfe“ gehört und eine Möglichkeit ist, den Corona-Schaden zu reduzieren.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, warum man so verfahren möchte. Er meint, man baut hiermit die Verschuldung wieder auf. Er erfragt, wieso man eine Sonderabschreibung macht.

Herr Woywod gibt an, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden. Er erklärt, dass der Stadt Verbindlichkeiten von 11 Mio. abgenommen werden. Somit wächst das Eigenkapital um 11 Mio. Der Corona-Schaden wird reduziert somit sinkt das Eigenkapital der Stadt.

Herr Hoffmann merkt an, dass in den nächsten Jahren das Land oder der Bund den Städten diesen Schaden abnehmen muss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die bilanzielle Abbildung der Entschuldung im Rahmen des Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW) sowie die sich daraus ergebende Zuschreibung zur Allgemeinen Rücklage sollen grundsätzlich auf Grundlage des § 6 NKF-CUIG NRW erfolgen. Die Zuschreibung zur Allgemeinen Rücklage ist dabei vorrangig einzusetzen, um die Bilanzposition 0 auf der Aktivseite gemäß CUIG.NRW – *Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit* – in entsprechender Höhe zu reduzieren. Der Bestand der Allgemeinen Rücklage soll sich per Saldo nicht verändern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst eine Verrechnung der Bilanzierungshilfe gemäß **§ 6 Abs. 2 NKF-CUIG NRW** zu prüfen und vorzubereiten.
3. Sollte eine Verrechnung gemäß § 6 Abs. 2 CUIG-NRW nicht umsetzbar sein, wird alternativ eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß **§ 6 Abs. 3 NKF-CUIG NRW** durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 5 GRÜNE, 3 UWG, 2 FDP, 3 AfD, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (1 UWG, 2 AL)

13. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Innenstadtfonds zur Behebung und Vermeidung von Leerständen in der Radevormwalder Innenstadt (Innenstadtfonds) BV/0681/2025

Herr Klein führt die Vorlage aus. Aufgrund verschiedener Anregungen im Haupt- und Finanzausschuss werden zusätzlich zu der beispielhaften Aufzählung unter Ziffer 5 der Richtlinien für den Innenstadtfonds Kioske (mit und ohne Snackautomaten) sowie Gaststätten mit Spielautomaten ausgeschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die beigefügte Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Innenstadtfonds zur Behebung und Vermeidung von Leerständen in der Radevormwalder Innenstadt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung gemäß der Richtlinie durchzuführen und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für das Haushaltsjahr 2025 sowie für die Haushaltsjahre 2026 bis 2028 jeweils 50.000 € einzusetzen.

Die Mittel für das Haushaltsjahr 2025 werden innerhalb des Aufwandsbudgets gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Richtlinien zur Gewährung von städtischen Zuschüssen BV/0684/2025
im Rahmen der Städtepartnerschaft**

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Richtlinie zur Gewährung von städtischen Zuschüssen im Rahmen der Städtepartnerschaft wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Aufstellungsbeschluss zur kommunalen Wärmeplanung BV/0678/2025

Herr R. Ebbinghaus befürchtet, dass 80.000 € für Radevormwald zu viel sein werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Durchführung der kommunalen Wärmeplanung nach § 13 Abs. 1 Satz 1 des Wärmeplanungsgesetzes wird beschlossen und die Verwaltung wird mit der Suche nach einem entsprechenden Fachbüro beauftragt. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird von Seiten der Verwaltung regelmäßig über den Sachstand informiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Integriertes Handlungskonzept Innenstadt II (InHK
Innenstadt II) hier: Haus- und Hofprogramm Beschluss
der Richtlinien der Stadt Radevormwald** **BV/0679/2025**

Frau von der Mühlen hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen erklärt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Aufwertung von privaten Fassaden-, Dach- und Freiflächen im Sanierungsgebiet Radevormwald-Innenstadt (Haus- und Hofprogramm) als Maßnahme des Integrierten Handlungskonzepts Innenstadt II (InHK Innenstadt II) wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Projekts einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Prüfung des Jahresabschlusses 2024 **BV/0696/2025/1**

Herr Steinmüller erläutert als Rechnungsprüfungsausschussvorsitzender den Beschluss und führt die Abstimmung durch.

Der Bürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

a) der Jahresabschluss 2024 wird mit den folgenden Werten festgestellt,

Bilanzsumme der Schlussbilanz:	240.141.967,29 Euro
Eigenkapital	46.264.215,94 Euro
Jahresfehlbetrag	6.659.811,59 Euro,

b) der Jahresfehlbetrag 2024 in Höhe von 6.659.811,59 Euro wird gegen die Ausgleichsrücklage verbucht und

c) dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Verfahren/Richtlinie zur Gewinnausschüttung der KSK Mittel **BV/0688/2025/1**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verwaltung nun einen Vorschlag erarbeitet hat.

Herr Hoffmann spricht sich positiv dafür aus, dass die Vereine nun auf Antrag Gelder erhalten können.

Herr R. Ebbinghaus merkt an, dass diese Gelder nicht nur den Vereinen gehören. Es sollten auch gewisse Bereiche, wie Bildung, bedacht werden. Es sollten nur Mittel in Höhe von 40 % an Vereine gezahlt werden. Weiterhin erfragt er, wer zum Verwaltungsvorstand gehört.

Herr Woywod erklärt, dass wenn gute Projekte bekannt sind, diese auch Mittel erhalten sollen. Wie viele Fraktionsvorsitzende in dem Gremium sein werden, kann man aufgrund der anstehenden Kommunalwahl nicht sagen. Der Verwaltungsvorstand besteht momentan aus dem Bürgermeister, Herrn Woywod, Herrn Klein, Frau Hilverkus, Herrn Ferner und Frau Treiber.

Herr R. Ebbinghaus betont, dass die Verwaltung Vorschläge machen soll, denn die Verwaltung kann auch eigene Projekte haben, die finanziert werden müssen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies auch angedacht ist.

Frau Pizzato erfragt zu § 3, ob der Tierschutz auch dazu gehört.

Der Bürgermeister bejaht dies. Die Liste ist nicht abschließend.

Herr Vujinovic ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die beigefügte Richtlinie zur Verwendung der KSK-Mittel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

19.1. Gremienbesetzung (Antrag der AfD-Fraktion vom 19.05.2025) **AN/0224/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Wahlausschuss

Alt: Udo Schäfer

Neu: David Bischoff

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19.2. Besetzung von Ausschüssen und Gremien (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2025) AN/0232/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Wahlausschuss, Mitglied

Alt: Sebastian Schlüter

Neu: Erna Huckenbeck

Vertreter

Alt: Gerd Uellenberg

Neu: Nicolai Rüggeberg

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Stadt Radevormwald im Jahr 2024 IV/0369/2025

Herr Woywod führt die Vorlage aus.

21. Sachstandsbericht Asyl

Der Bürgermeister führt wie folgt aus:

Ukraine

Seit der letzten Ratssitzung sind 7 Personen aus der Ukraine nach Radevormwald gekommen.

Derzeit sind 333 UkrainerInnen in Radevormwald wohnhaft, 14 davon werden vom Sozialamt betreut. Einer davon ist in der Asylbewerberunterkunft untergebracht, 13 wohnen in privat angemieteten Wohnungen.

Asylbewerber

Seit der letzten Ratssitzung wurden 4 Personen Radevormwald zugewiesen.

111 Asylbewerber werden vom Sozialamt betreut.

Unterbringung

In der Asylbewerberunterkunft in der Neustr./Blumenstr. sind 83 Personen untergebracht, davon 21 Personen mit Aufenthaltstitel und 1 obdachlose Personen.

In den Höfen 3 sind 30 Personen untergebracht, 5 davon mit Aufenthaltstitel.

In der Hermannstr. 21 sind 13 Asylbewerber untergebracht.

In der Kreuzstr. 4 sind 4 Personen untergebracht, 3 davon mit Aufenthaltstitel.

Am Gaswerk 7 sind 14 Personen untergebracht, davon 3 mit Aufenthaltstitel und 11 obdachlose Personen.

In städtisch angemieteten Wohnungen sind 8 Personen untergebracht, 6 davon mit Aufenthaltstitel.

10 Asylbewerber wohnen in privat angemieteten Wohnungen.

Nationalitäten

In Radevormwald sind Asylbewerber aus 21 unterschiedlichen Nationen untergebracht.

22. Bericht über die aktuelle Haushaltssituation

Herr Woywod führt anhand einer Präsentation aus.

23. Mitteilungen und Fragen

Herr Dickoph teilt mit, dass die Verwaltung dem Sportsportverband vor zwei Jahren zugesagt hat, die Außensportstätten Kollenberg und Hermannstraße, insbesondere Weitsprung und Kugelstoßen, neu herzurichten. Er erfragt hierzu den Sachstand.

Herr Ferner teilt mit, dass die Sprunggrube im Frühjahr gereinigt wurde. Hier muss noch Sand nachgefüllt werden.

Der Bürgermeister nimmt dieses Thema noch einmal auf.

Weiterhin erfragt Herr Dickoph zum Thema Curt-von-Knobelsdorff Gelände, seit wann der Bürgermeister in die Thematik involviert war. Seinen Informationen zufolge weiß der Bürgermeister schon länger davon. Er möchte das Datum wissen.

Der Bürgermeister ist verwundert, woher die CDU solche Informationen erhält. Er teilt mit, dass es Anfang des Jahres ein Gespräch mit dem Träger gegeben hat. Dieser hat hier seine Sorgen mitgeteilt. Zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest, ob sie einen weiteren Arzt finden. Es handelte sich bei diesem Gespräch um eine reine Information. Intern wurde in der Verwaltung besprochen, was man an diesem Standort entwickeln könnte. Konditionen zu dem Gebäude wurden angefragt, man hat aber keine Informationen erhalten. Der Bürgermeister gibt weiterhin an, dass er vor 14 Tagen von einem Bekannten kontaktiert wurde. Dieser wollte schon einmal betreutes Wohnen in der Stadt errichten und berichtete von dem Verkauf. Im Anschluss daran hat man sich an die Geschäftsführung gewandt und Interesse bekundet. Mit dem Jugendamt wurde überlegt, was entwickelt werden könnte. Die nächste Information hierzu war, dass der Oberbergische Kreis an der Immobilie interessiert ist. Der Oberbergische Kreis möchte eine Jugendhilfeeinrichtung einrichten. Dies könnte eine schwierige Situation darstellen. Hier wurde die Kommune nicht involviert, obwohl das bei einem Gespräch mit dem Kreis anders besprochen wurde. Das sich der Kreis an diese Absprache nicht gehalten hat, wurde mit dem Kreis schon thematisiert. Festzuhalten ist, dass es keine Information zum Verkauf seitens des Trägers gegeben hat.

Herr Hoffmann merkt an, dass die Verwaltung sich solch eine Immobilie nicht entgehen lassen sollte.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ob der Träger auf die soziale Weiterverwendung des Gebäudes Rücksicht nimmt oder das preisliche Angebot im Vordergrund steht.

Der Bürgermeister hat hierzu den Eindruck, dass der Träger die Immobilie abstoßen möchte. Das Interesse an der Immobilie wurde bekundet. Die Verwaltung soll bis zum 15.07.2025 eine verbindliche Auskunft abgeben.

Herr Vujinovic merkt an, dass am 24.09.2024 ein Beschluss zum Sicherheitskonzept gefasst wurde. Die ordnungsbehördliche Verordnung sollte in diesem Zuge angepasst werden. Er erfragt, ob dies schon geschehen ist.

Herr Rupp verneint dies.

Herr Vujinovic erfragt zur Kommunalwahl, ob sich alle Fraktionen an eine Frist von 6 Wochen vor der Wahl zum Plakatieren halten werden.

Hierzu ist kein Widerspruch erkennbar.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, wann die zugesagte Ampelanlage durch Straßen NRW an der Uelfe-Wuppertalstraße errichtet wird.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies zur Niederschrift nachgereicht wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Information wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Uellenberg gibt an, dass die Uelfebadbrücke in einem schlechten Zustand ist. Er erfragt, ob die Verwaltung eine Information hat, wie mit diesem Thema umgegangen wird.

Auch dies wird zur Niederschrift gegeben.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Information wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr S. Schlüter erfragt den Sachstand zur Toilettenanlage am Spielplatz Hölterhoff.

Der Bürgermeister merkt an, dass dies geprüft wurde. Eine komplette Toilettenanlage ist dort nicht umsetzbar.

Herr Ferner fügt hinzu, dass eine mobile Toilette geliefert wurde.

Herr Klein teilt mit, dass im Baugebiet Karthausen 55 – 56 Grundstücke geplant wurden. Insgesamt wurden 43 Kaufverträge abgeschlossen, teilweise wurden mehrere Grundstücke in einem Kaufvertrag beurkundet. Das Ergebnis ist, das Baugebiet ist ausverkauft. 49 Bauanträge wurden gestellt, davon sind 46 bereits genehmigt. Im Baugebiet sind 135 Personen gemeldet und 10 schulpflichtige Kinder.

Herr Paas merkt an, dass die Quartiersplätze dort missbraucht werden und die Verwaltung hier tätig werden sollte.

Ende des öffentlichen Teils: 19:43 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

